

L e b e n s l a u f

(Beratungsverlauf der Vorlage 2011/1263 mit Realisierungsvermerk)

Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen;

hier: "Save me!" Alsdorf sagt ja zur Aufnahme von Flüchtlingen

Antrag der SJD - Die Falken - Merkstein vom 12.05.2011

Beschlüsse:

14.07.2011

HAS/WP 16/15.

Hauptausschuss

9. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Der Rat der Stadt Alsdorf unterstützt die Erklärung des Landtages zur bundesweiten Save-me-Kampagne und begrüßt dessen grundsätzliche Bereitschaft, Menschen, die besonderen Schutzes bedürfen, im Rahmen von Resettlement-Programmen des UNHCR und der Bundesregierung aufzunehmen und ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.
2. Der Rat der Stadt Alsdorf schließt sich dessen Forderung an, auf Bundesebene die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen zu schaffen.
3. Die Stadt Alsdorf erklärt ihre Bereitschaft, die Kampagne „Save me“ und dazu noch aufzulegende Resettlement-Programme zur Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

21.07.2011

Rat/WP 16/22.

Rat der Stadt Alsdorf

16. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Der Rat der Stadt Alsdorf unterstützt die Erklärung des Landtages zur bundesweiten Save-me-Kampagne und begrüßt dessen grundsätzliche Bereitschaft, Menschen, die besonderen Schutzes bedürfen, im Rahmen von Resettlement-Programmen des UNHCR und der Bundesregierung aufzunehmen und ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.
2. Der Rat der Stadt Alsdorf schließt sich dessen Forderung an, auf Bundesebene die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen zu schaffen.
3. Die Stadt Alsdorf erklärt ihre Bereitschaft, die Kampagne „Save me“ und dazu noch aufzulegende Resettlement-Programme zur Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.